

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 848 ppbn d

## Inhalt

Karl Liedtke MdB, Vorsitzender des SPD-Parteirates, stellt Betrachtungen zu einer gerichtsbekanntem Wirkung des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß an: Aggressionsauslösend.  
Seite 1/2

Helmut Rohde MdB erinnert, daß die Union die Wahrheit über die Lebenslage älterer Menschen verschweigt: Alterssicherung als wahlpolitischer Schleifstein.  
Seite 3/4

Alfons Pawelczyk MdB sieht durch die Diskussion über Nuklearstrategie das Verhandlungsgebot verstellen: In mehrfacher Hinsicht gefährlich.  
Seite 5/6

Karl Ravens MdL würdigt Georg Diederichs zu dessen 80. Geburtstag: Achtung des Mitmenschen.  
Seite 7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 167

2. September 1980

### Aggressionsauslösend

Bemerkungen zu einer gerichtsbekanntem Wirkung des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß

Von Karl Liedtke MdB  
Vorsitzender des SPD-Parteirates

Ein hervorragendes Grundrecht unseres Grundgesetzes ist die Versammlungsfreiheit, das heißt das Recht, durch Demonstration seine politische Meinung in der Öffentlichkeit kundzutun. Das Grundgesetz fügt aber gleichzeitig hinzu, daß dies friedlich geschehen müsse. Gewalttätige Ausschreitungen anlässlich von Demonstrationen sind auf das Schärfste zu verurteilen, da sie in besonderem Maße demokratiefeindlich sind.

Seit etwa einem Jahr ist das Phänomen in Deutschland zu beobachten, daß Kundgebungen des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß nicht selten Gegendemonstrationen auslösen, bei denen es zu Gewalttätigkeiten kommt. Das Hamburger Verwaltungsgericht stellte kürzlich in einer Entscheidung fest: "Es ist gerichtsbekannt, daß der Kanzlerkandidat der Union auf nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung nicht nur provozierend, sondern auch aggressionsauslösend wirkt."

"Demokratie ist Diskussion" hat einmal der Staatsmann und Philosoph Masaryk gesagt. Wer Eier oder Steine als Argumen-



te benutzt, verhält sich undemokratisch und disqualifiziert sich selbst. Aber auch dieser Sachverhalt hat zwei Seiten. Warum ist es gerade Franz Josef Strauß, der solche Demonstrationen auf sich zu ziehen scheint wie das Licht die Motten? Kohl, Albrecht und Stoltenberg, SPD- und FDP-Politiker halten Landauf, Landab Wahlveranstaltungen ab - jeder so viele wie Strauß, aber keiner löst diese Reaktionen aus.

Was ist dafür die Erklärung?

Strauß ist sicher sehr wortgewaltig, aber schwingt vielleicht auch etwas Gewalt mit in seinem Wort?

Der Kanzlerkandidat sollte sich doch einmal fragen, was für ein Klima er unter seinen Zuhörern schafft, wenn er den amtierenden Bundeskanzler Helmut Schmidt wie folgt kennzeichnet: "Größenwahnsinnig", "Kriegskanzler", "reif für eine Nervenheilstalt", "eine Figur im Spiel der Sowjetunion", "gekennzeichnet" von "Unfähigkeit", "Primitivität" und "Skrupellosigkeit".

Die Frage muß doch erlaubt sein, ob solche wütenden Schimpfereien auf manchen Zuhörer aggressionsauslösend wirken. Weil sie diskussionsunfähig machen? Wie sehr um den Kanzlerkandidaten herum Diskussion und Diskussionsbereitschaft abgestorben ist, bewies der letzte CSU-Parteitag eindrucksvoll: Von den rund 1.000 Delegierten, die dort versammelt waren, ergriff keiner das Wort und lieferte einen Diskussionsbeitrag. Ein solches Schauspiel müßte für jeden Demokraten eigentlich ein Alarmzeichen sein! "Demokratie ist Diskussion". Ohne Diskussion gibt es keine Demokratie!  
(-/2.9.1980/ks/ca)

+ + +



Alterssicherung als wahlpolitischer Schleifstein

Die Union verschweigt die Wahrheit über die Lebenslage älterer Menschen

Von Helmut Rohde MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Renten und Rentenversicherung sind ein ebenso wichtiges wie legitimes Thema der Wahlauseinandersetzungen. Sich damit gründlich und kritisch zu beschäftigen, entspricht der Bedeutung der Alterssicherung für Millionen Menschen. Schlimm aber ist es, wenn aus einer für die Menschen so wichtigen Sache ein wahlpolitischer Schleifstein gemacht, wenn gezeißelt statt argumentiert wird und wenn Renten vorgeschoben werden, aber persönlich-politische Verunglimpfung gemeint ist. Das gehört zum Inhalt dessen, was heute unter der Überschrift "politischer Rentenbetrüger" zur Kampagne gegen den Bundeskanzler gemacht werden soll.

Wirklich bemerkenswert daran ist, was die Union verschweigt, was aber in Wahrheit auf die Lebenslage der älteren Menschen Einfluß gehabt hat. Das gilt es festzuhalten und nicht aus dem Blick zu verlieren:

1. Von 1969 bis 1980 sind die Renten insgesamt prozentual stärker gestiegen als die Nettolöhne der Arbeitnehmer. Der Rentenanstieg lag in dieser Zeit bei 143 Prozent. Die Nettolöhne erhöhten sich um 122 Prozent. Wann eigentlich, so muß man die Union fragen, konnte eine Zehn-Jahresbilanz mit einer solchen Veränderung der Einkommensverhältnisse aufgemacht werden? Ist es nicht heuchlerisch, wenn die Konservativen auf der einen Seite auf zu "hohe Löhne" und Lohnsteigerungen schimpfen und auf der anderen Seite der darüber hinausreichende Rentenanstieg eines Jahrzehnts von Geißler zum "Betrug" erklärt wird?
2. Die Gesamtausgaben der Rentenversicherung sind von 44 Milliarden im Jahre 1969 auf 125 Milliarden im Jahre 1979 gestiegen. Zu den Rentenanpassungen dieses Jahrzehnts traten soziale Strukturverbesserungen hinzu; wie die flexible Altersgrenze und die Berechnung der Renten nach Mindesteinkommen, um vor allem für Frauen die negativen Auswirkungen früherer Lohndiskriminierungen in der Rente abzubauen.
3. Das Nettorentenniveau lag bei einem Durchschnittsverdiener nach 45 Versicherungsjahren 1965 bei 59,3 Prozent. Das war mit der niedrigste Stand seit der Rentenreform im Jahre 1957. Dieser Niveauabstieg fand in einer Zeit statt, in der die Regierung Erhard/Mende in den damaligen Bundestagswahlkampf gegangen ist. 1979 lag das Rentenniveau bei gleichen Versicherungsjahren und Durchschnittsverdienst bei 72,5 Prozent im Vergleich zu den Nettoarbeitsverdiensten. Wer betrügt denn hier eigentlich?

Sicher war es nicht einfach, ein solches Rentenniveau, mit dem die Bundesrepublik eine internationale Spitzenposition einnimmt, durch weltwirtschaftliche Turbulenzen und internationale Rezession zu bringen. Es mußte für Solidität gesorgt und Gefahren vorgebeugt werden. Niemand, so habe ich in einer Auseinandersetzung im September 1979 im Bundestag gesagt, könne sich einer solchen Aufgabe entziehen. Als ich dabei ausdrücklich die Opposition ansprach, rief Dr. Kohl dazwischen: "Das kann sie auch nicht." Und jetzt? Ist ihre Kampagne oder der Versuch, eine Kampagne zu machen, nicht ein einziger demagogischer Entzug?



CDU und CSU gehen mit schiefer Schlachtordnung und mit unredlichem Argumentationskalender in den Wahlkampf:

1. Die einen beklagen in der Union, die Ausgaben der sozialen Sicherung seien zu hoch, die Grenzen des Sozialstaates längst erreicht und überschritten. "Jetzt aber Schluß", ist ihre Philosophie. Mit dieser Art des Auftretens hoffe sie auf Beifall bei Arbeitgebern und ähnlichen Gruppen.
2. Die anderen, vor allem der CDU-Generalsekretär Geißler, unterbreiten Milliardenprogramme für die Zukunft und weigern sich darzulegen, wie und zu wessen Konsequenzen das finanziert werden soll. Doppelbödig wird im Blick auf diese Milliarden erklärt, "soweit das die wirtschaftlichen Verhältnisse zulassen". Die Rechtskonservativen in der Union aber sagen, wirtschaftlich sei gar nichts mehr erlaubt. Im Gegenteil: Der "Sozialaufwand" müsse nun drastisch abgebaut werden. Diese Erwartung verbinden sie mit Strauß und sonst gar nichts.
3. Eben Strauß steht im Hintergrund mit dem, was er die "Reduktion der Staatsquote" nennt. Er will die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte und die finanzielle Bewegungsmöglichkeit der Sozialversicherung einschränken. Bei den von Strauß genannten Abbaquoten - und diese Vorhaltung reicht bis ins Lager der Union hinein - kann noch nicht einmal die bruttolohnbezogene Rentenanpassung, geschweige denn ein Bündel weiterer Milliardenversprechungen finanziert werden. Er, Strauß, ist es aber, der im Unionslager die Strippen zieht. Geißler darf nur den Manegenrand der Politik benutzen.

Unionspolitiker sagen: Sozialleistungen sollten mehr auf die Bedürftigen konzentriert werden. Aber immer, wenn Sozialdemokraten Sozialpolitik gezielter auf wirtschaftlich Schwache ausrichten wollen, werden sie von Unionspolitikern unter ideologisches Trommelfeuer genommen. Statt einem gleichen und gerechten Kinderlastenausgleich für alle, will die Union steuerliche Freibeträge, die dem wirtschaftlichen Starken ungleich mehr zugute kommen als dem Schwächeren in dieser Gesellschaft. Sagen wir Sozialdemokraten, daß Lohndiskriminierungen im Arbeitsleben nicht zu Rentendiskriminierungen im Alter werden dürfen, werden wir von Unionspolitikern verdächtigt. Mindestsicherung für solche älteren Mitbürger wird zum "Einheitsrentenschock" verfälscht. Und hat Geißler vergessen, was gerade in seinem Planungsstab über die angeblich zu hohen Löhne von Hilfsarbeitern produziert worden ist? In dieser Beziehung hat die Union viel auf dem Kerbholz. Von gezielter Sozialpolitik wird geredet, aber die Absichten der Unionspolitiker führen in andere Richtung.

Ein doppelter Boden faßt das nicht mehr, was von der Union an Widersprüchen, an propagandistischen Aktionen und tatsächlichen Absichten, an Selbstgerechtigkeit und Anschuldigung gegenüber anderen in diesen Wahlkampf hineingezerzt worden ist. So ist das: Wer die Angstmache zur Methode des politischen Kampfes erklärt, dem kommt das Augenmaß abhanden und dem geht die Logik verloren. Auf diesem Kampffeld muß die Union alleingelassen werden, zitternd und zeternd wie sie ist. (-/2.9.1980/ks/ca)

+ + +



In mehrfacher Hinsicht gefährlich

Diskussion über Nuklearstrategie verstellt Verhandlungsgebot

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstungsfragen

Die gegenwärtige Diskussion über die Nuklearstrategie ist in mehrfacher Hinsicht gefährlich. Sie erzeugt vor allem den Eindruck, daß vom SALT-Prozeß in Zukunft nicht mehr viel Positives zu erwarten ist. Die Frage, wie die Verhandlungen über Nuklearwaffen fortgesetzt werden müssen, um Parität auf niedrigem Niveau zu erreichen, spielt zur Zeit in der öffentlichen Diskussion kaum eine Rolle.

Die Verhandlungen über Nuklearwaffen müssen unter folgenden Bedingungen fortgesetzt werden:

1. Das politische Konzept - Sicherheit durch Verteidigung und Entspannung - muß gültig bleiben.
2. Keine Seite darf Überlegenheit anstreben. Stabilität ist nur durch Parität erreichbar.
3. Gleiche Sicherheit für sämtliche Staaten in NATO und Warschauer Pakt. Allen europäischen Staaten muß die gleiche Überlebenschance eingeräumt werden wie den beiden Großmächten.
4. Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Kernwaffen sind in Verhandlungen mit dem Ziel einzubeziehen, eine ausgewogene Gesamtbilanz aller nuklearen Waffen beider Seiten auf möglichst niedrigem Niveau zu erreichen.
5. Es darf keine isolierte Behandlung der unterschiedlichen Ebenen nuklearer Waffen geben. Sie birgt die Gefahr einer politischen Abkoppelung Westeuropas von den USA und begünstigt überdies einen Rüstungswettlauf im Mittelstreckenbereich. An diesen Verhandlungen müssen die Europäer in einem Maße beteiligt sein, das die Mitwirkung der europäischen Bündnispartner bei der Ausarbeitung und Bewertung von Verhandlungspositionen sicherstellt.

In dieser Diskussion stehen sich die Verfechter von Glaubenssätzen gegenüber. Die einen gehen aus von der Überzeugung, daß durch Verfeinerung und Vermehrung der Einsatz-



variationen im strategischen Nuklearwaffenbereich die Abschreckung glaubwürdiger wird und der Schlagabtausch noch unter politischer Kontrolle gehalten werden kann. Die anderen halten das für ausgeschlossen. Sie fürchten sogar, daß dadurch eine Kriegsführung erleichtert und außerdem das Territorium der USA und der Sowjetunion leichter aus der nuklearen Verwüstung herausgehalten wird.

Diese existenziellen Fragestellungen eignen sich nicht als Diskussionsthema für den ohnehin schwierigen Wahlkampf. Das öffentliche Nachdenken über zusätzliche strategische Möglichkeiten, ohne ebenso intensive öffentlich geführte Diskussionen über Gefahrenminderungen durch positive Verhandlungsergebnisse, trägt zur weiteren Verschlechterung des Ost-West-Klimas bei. Wir müssen selbstverständlich stets über eine ausreichende Verteidigungskraft verfügen, um nicht erpreßbar zu werden. Wir müssen aber gleichzeitig Ansätze zu politischen Lösungen aufzeigen, die geeignet sind, die Gefahren militärischer Konfrontation durch Rüstungskontrolle und Rüstungsminderung zu verringern. Das Verhalten der Nuklearmacht Sowjetunion erschwert zur Zeit eine entsprechende Vorgehensweise.

Der amerikanische Außenminister Muskie muß unterstützt werden. Er gab im Juni eine gewisse Bereitschaft zu erkennen, die Bemühungen um die afghanische Krise und die Wiederaufnahme des Ratifizierungsprozesses von SALT II zu entkoppeln. Auch die Gespräche Bundeskanzler Schmidts in Moskau haben zu einer bemerkenswerten Weiterentwicklung der sowjetischen Haltung geführt. Die Sowjetunion ist jetzt bereit, vor der Ratifizierung des SALT-II-Abkommens die sehr komplizierten Fragen im Bereich nuklearer Mittelstreckenwaffen in Gesprächen mit den Vereinigten Staaten zu klären, die sich in künftigen Verhandlungen stellen werden. Es gilt, trotz der angespannten weltpolitischen Lage, die Ansätze für eine Fortsetzung des Dialogs auszubauen. SALT ist eine entscheidende Grundlage, auf der die Kooperation zwischen USA und Sowjetunion aufgebaut ist. Wenn dieser Boden entzogen wird, ist eine Grundsatzentscheidung gegen die Politik der Stabilität getroffen. Kalter Krieg und Rüstungswettlauf werden dann die Rahmenbedingungen auch für Europa negativ verändern. Bei negativem Ausgang besteht auch die Gefahr, daß Europa in einen Rüstungswettlauf im Bereich nuklearer Mittelstreckenwaffen einbezogen wird. Deshalb sollten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion einen Weg finden, der die Ratifizierung in absehbarer Zeit nach den Wahlen in den USA erlaubt, damit der in SALT II Vertragswerk enthaltene Rüstungskontrollfahrplan eingehalten werden kann. (-/2.9.1980/ks/ca)

+ + +



Achtung des Mitmenschen  
-----

Georg Diederichs zum 80. Geburtstag

Von Karl Ravens MdL

Vorsitzender der SPD und SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen

Als Georg Diederichs heute vor 80 Jahren geboren wurde, feierte das damalige deutsche Kaiserreich den sogenannten Sedan-Tag zum Gedenken an den militärischen Sieg vor 30 Jahren über Frankreich. Hurra-Geschrei, chauvinistisches Pathos, Säbelgerassel müssen auf den Neugeborenen so abschreckend gewirkt haben, daß die Abneigung ein ganzes Leben lang vorgehalten hat. Der "Nullnuller", wie er sich bisweilen selbst zu bezeichnen pflegt, ist bis auf den heutigen Tag ein Freund der leisen Töne geblieben.

Es gibt wohl kaum jemanden in diesem Lande, der Georg Diederichs heute nicht aus ehrlichem Herzen seine Glück- und Segenswünsche auf den weiteren Lebensweg gäbe. Daß sich der Jubilar in seinem Leben - jedenfalls soweit das ein Außenstehender überschauen kann - keine wirklichen Feinde gemacht hat, sondern auch von denen anerkannt und geachtet wird, mit denen er sich oft genug hat auseinandersetzen müssen, ist sein Verdienst. Es ist die Frucht seines Lebens und die Folge seines Wesens.

Georg Diederichs ganzes Leben war und ist geleitet vom Gedanken des Ausgleichs, der Toleranz, der Achtung des Mitmenschen - auch wenn der anders denkt und handelt. Das heißt nicht, daß er nicht feste und unverwechselbare Grundüberzeugungen hat. Er hat aber nie den Versuch gemacht, ja es widerstrebte ihm immer, das, wovon er überzeugt war, was er verstandesgemäß als richtig erkannt hat und wonach er - immer sich selbst treubleibend - gelebt und auch gelitten hat, anderen gegen deren Willen aufzudrängen. Leben und leben lassen, denken und denken lassen, nicht in der wahnwitzigen Idee gefangen.

Es gäbe nur eine allgemein gültige und letzte Wahrheit, ausgestattet mit einem vom Herzen kommenden Humor und versehen mit einem gehörigen Schuß Selbstironie, die auch die Bedeutung der eigenen Person und des eigenen Wirkens nicht über Gebühr ernst nimmt, dazu eine ausgesuchte Höflichkeit im Alltag, im politischen Tagesgeschäft, das zeichnet den Jubilar aus.  
(-/2.9.1980/ks/oa)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

